

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 11 16

Für das budgetierte Kapitel 11 16 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Mehreinnahmen bei 119 10 und Isteinnahmen bei 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10, 681 10 und 812 10.
5. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2018 2017 2016 1000 EUR	Ansatz 2018 1000 EUR	Ansatz 2017 1000 EUR	Ansatz 2016 1000 EUR	Ist 2015 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abschnitt C Buchstabe c des Vorwortes zum Einzelplan 11 verbindlich.					
		E I N N A H M E N					
112 10-8	051	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen		54.973	55.889	50.751	53.682
119 10-2	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen		170	170	170	294
235 10-2	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Träger im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	17
		A U S G A B E N					
412 10-1	051	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	333	333	333	247
422 10-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	58.685	57.070	55.313	41.026
427 10-9	051	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	223	218	180	987
428 10-5	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	—	—	—	—	12.862
459 10-8	051	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	3.504	3.504	3.504	3.318
459 11-6	051	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	392	392	392	97
511 10-0	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.194	4.748	3.272	3.078
514 10-9	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	47	47	15	8
517 10-8	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.214	2.176	2.138	1.993
518 10-4	051	Mieten und Pachten	—	100	180	100	162
519 10-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	90	90	90	736
525 10-0	051	Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung *** Beträge, die für Teilnehmerinnen oder Teilnehmer anderer Verwaltungen an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen oder Veranstaltungen der Personal- und Organisationsentwicklung der Niedersächs. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	161	161	211	192
526 10-7	051	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	54	54	54	75
526 11-5	051	Augaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	—	14	14	14	6

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1116

Hinweis auf Abschnitt C Buchstabe c des Vorworts zum Einzelplan 11.

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen:

Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetz

Verwaltungsaufbau und Budgetplan:

Es sind vorhanden: 1 Oberlandesgericht in Braunschweig, 2 Landgerichte (Braunschweig und Göttingen), 16 Amtsgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist das dem Amtsgericht Goslar angegliederte Zentrale Vollstreckungsgericht für das Land Niedersachsen zugeordnet.

Im Bereich der Justizverwaltung nimmt der IT-Sicherheitsbeauftragte der niedersächsischen Justiz - dienstansässig beim Oberlandesgericht Braunschweig - landesweite Aufgaben wahr.

Zielsetzung:

Die Gerichte gewährleisten den grundgesetzlich verankerten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Gewährung von individuellem Rechtsschutz. Durch die Tätigkeit der Gerichte wird für die Allgemeinheit Rechtssicherheit hergestellt in den Bereichen der Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, in Strafverfahren und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie bei der Durchsetzung des festgestellten Anspruchs im Wege der Zwangsvollstreckung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell:

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Zivilsachen/ Familiensachen
- Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren (OWi-Verfahren)
- Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Verfahren)
- Zwangsvollstreckung mit dem gesondert ausgewiesenen Produktbereich Zentrales Vollstreckungsgericht
- Verwaltung

Für den Finanzierungsbeitrag der Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind, unterschiedliche Erhebungsgrößen zugrunde:

Zivilsachen/ Familiensachen:
Eingänge

Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren:
Eingänge, Anzahl der Verfahren, Bestände, Eingänge und sonstige richterliche Maßnahmen

Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit:
Eingänge, Bestände, Anzahl Urkunden

Zwangsvollstreckung:
Eingänge, Anträge auf Eröffnung, Bestände, Arbeitskraftanteile

Zentrales Vollstreckungsgericht:
Anzahl der Vermögensauskünfte

Der Produktbereich Verwaltung beinhaltet Aufgaben wie allgemeine Verwaltung, Personalverwaltung, Ausbildung, Fortbildung usw. Diesem Produktbereich ist auch ein Kostensammler zugeordnet; der Kostensammler weist die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen aus. Aufgrund der Vielfalt der Aufgaben im Produktbereich Verwaltung unterbleibt eine Erfassung der Erhebungsgrößen, da die hieraus gemeinsam zu bildende Leistungsmenge keine Aussagekraft besitzt.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone, die neben den Nutzungsentgelten für Liegenschaften insbesondere auch die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und die damit korrespondierenden Einnahmen umfasst.

Leistungsergebnis 2015 und weitere Entwicklung:

Die Entwicklung im Verwaltungsbereich Oberlandesgericht Braunschweig ist auch im Jahr 2015 im Rahmen der Planungen verlaufen.

Der Bezirk ist weiterhin an der Fortentwicklung der Budgetierung in der niedersächsischen Justiz maßgeblich beteiligt. Die im Justizministerium eingerichtete „Kernarbeitsgruppe“ hat im November 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Sie empfiehlt die landesweite Einführung einer realen Unterbudgetierung im Sachkostenbereich und einer virtuellen Unterbudgetierung im Personalkostenbereich, wie sie seit 2006 im Verwaltungsbereich Oberlandesgericht Braunschweig praktiziert wird. Auch die erfolgreich erprobte Erweiterung der Mitwirkung von Richter- und Personalvertretung durch Einbindung in die Arbeit des institutionalisierten Budgetrats wird befürwortet.

Die seit 2012 errichteten Verwaltungsteilbereiche/Unterbudgetbezirke auf der Ebene der vier Präsidialgerichte Oberlandesgericht Braunschweig, Landgericht Braunschweig, Landgericht Göttingen und Amtsgericht Braunschweig wurden fortgeführt. Das Oberlandesgericht als übergeordneter Verwaltungsbereich schließt mit diesen vier Gerichten Unterbudgetverträge ab. Die Verteilung der Sachhaushaltsmittel erfolgt wie bisher auf der Ebene der Amtsgerichte unter Beteiligung des jeweiligen Landgerichts. Die Verwaltungsteilbereiche erhalten daneben ein eigenes Jahresbeschäftigungsvolumen (BV). Auf der Grundlage dieses BV gelten die Personalhaushaltsmittel als virtuell unterverteilt.

Der Budgetrat mit den vier Präsidenten der Verwaltungsteilbereiche und dem BfDh/Budgetverantwortlichen des Verwaltungsbereichs arbeitet als instrumentalisiertes Beratungsgremium, in dem Angelegenheiten von grundsätzlicher finanzieller Bedeutung geklärt werden. Seit

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

2015 nehmen der Bezirksrichterrat und der Bezirkspersonalrat an den Sitzungen teil und werden somit von Beginn an in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

Das umfasst auch Maßnahmenplanungen im Rahmen der Zielvereinbarungen. Hervorzuheben sind neben der Implementierung von Budgeträten bei den nachgeordneten Präsidialgerichten die Einrichtung von zentralen Bürgerbüros, die Erweiterung der Barrierefreiheit und die Verbesserung der Fortbildungsangebote, insbesondere im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung.

Der aktuelle und andauernde Zustrom an Flüchtlingen ist dabei eine der größten Herausforderungen auch für den Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig seit der deutschen Wiedervereinigung. Angesichts der Flüchtlingszahlen ist zu erwarten, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften über einen längeren Zeitraum zusätzlich gefordert werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oberlandesgerichtsbezirks werden im Interesse der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bemüht sein, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten mitzuwirken.

Der demografische Wandel hat Einfluss auch auf das Personalmanagement im Bezirk Braunschweig. Das wird u.a. deutlich bei der Nachwuchsgewinnung. Regelmäßige Präsenz bei einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Berufsorientierung in Schulen, Arbeitsagenturen und Ausbildungsmessen sind erforderlich, um dem Konkurrenzbegehren von Mitbewerbern erfolgreich begegnen zu können. Darüber hinaus sind Handlungsfelder wie das Gesundheitsmanagement, die Führungskräfteentwicklung sowie die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie finanziell zu begleiten.

Erkenntnisse aus einer Aufgaben- und Budgetanalyse tragen zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels und zugleich zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts bei.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet zur stärkeren Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel werden entsprechende Maßnahmen umgesetzt.

Aufgrund der zu geringen Haushaltsmittel für „bauliche und Unterhaltungsaufwendungen“ sind erneut auch in 2015 Beträge in Höhe von über 700.000 EUR aus dem budgetierten Ansatz entnommen worden, um dringlichste Maßnahmen vornehmen zu können. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für die nächsten Jahre ab.

Der geplante, aufgrund der räumlichen Enge und des Sanierungsstaus insbesondere in den Bereichen Hauselektrik und Brandschutz dringend notwendige Umzug des Oberlandesgerichts in das Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung in Braunschweig wird weiterhin kontinuierlich vorangetrieben.

Raumnöte und auftretende gesundheitsbedenkliche Nässe-/Schimmelbildungen in als Archiv genutzten Kellerräumen einiger Amtsgerichte binden konstant Personal in einer Größenordnung von sechs Vollzeitstellen in der mittleren Beschäftigungsebene der Mikrofilmstelle des Amtsgerichts Braunschweig. Daneben müssen jährliche erhebliche Beträge in die technische Ausstattung investiert werden, um das erforderliche Leistungspotential abrufen zu können.

Weiterer Lagerbedarf zeichnet sich ab durch zu erwartende oder bereits anhängige Großverfahren bei dem Landgericht Göttingen, das mit drei zusätzlichen Kammern nebst Serviceeinheiten und Wachtmeistern besetzt ist.

Über diese Anforderungen hinaus wurden und werden die Auslandskontakte mit der Justiz in Breslau sowohl im richterlichen als auch im nichtrichterlichen Bereich durch regelmäßige Seminare in Breslau und in Braunschweig weiter intensiviert. Auch die Partnerschaft mit dem Bezirksgericht in Perm wird kontinuierlich fortgesetzt.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leis-	Zielkosten	Leistungs-	Kosten	Leistungs-	Kosten
	menge	-EUR-	zielkosten	tungs-	-EUR-	menge	-EUR-	menge	-EUR-
	-Stück-	(Soll)	-EUR-	menge	(Soll)	-Stück-	(Ist)	-Stück-	(Soll)
	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Ist)	(Ist)	(Soll)	(Soll)
	2018	2018	2018	2016	2016	2015	2015	2015	2015
	2017	2017	2017						
Zivilsachen/ Familiensachen	47.000 39.600	522,38 603,28	24.552.000 23.890.000	40.600	548,74	38.386	23.123.430	42.100	23.198.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	61.500 61.500	245,71 237,66	15.111.000 14.616.000	62.900	225,06	60.861	13.954.174	65.600	14.504.000
FGG-Verfahren	155.500 155.500	119,93 116,72	18.649.000 18.150.000	154.400	112,87	158.075	17.700.287	154.100	17.171.000
Zwangs- vollstreckung	60.800 60.800	150,95 146,99	9.178.000 8.937.000	66.700	139,11	69.474	8.601.499	71.000	9.409.000
Zentrales Voll- streckungsgericht	67.500 67.500	4,55 4,40	307.000 297.000	69.400	5,23	67.479	366.534	51.200	336.000
Verwaltung*	1 1	15.756.000 15.320.000	15.756.000 15.320.000	1	14.107.000	11.857	11.504.194	11.000	12.253.000
			83.553.000						
			81.210.000						

* Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Leistungsmenge zum Produktbereich Verwaltung aufgrund der Vielfalt der unterschiedlichen Aufgaben nicht mehr dargestellt.

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt
	-EUR- (Soll) 2018 2017	-EUR- (Soll) 2018 2017	-EUR- (Soll) 2018 2017
Zivilsachen/ Familiensachen	24.552.000 23.890.000		24.552.000 23.890.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	15.111.000 14.616.000		15.111.000 14.616.000
FGG-Verfahren	18.649.000 18.150.000		18.649.000 18.150.000
Zwangsvollstreckung	9.178.000 8.937.000		9.178.000 8.937.000
Zentrales Vollstreckungsgericht	307.000 297.000		307.000 297.000
Verwaltung	15.756.000 15.320.000	170.000 170.000	15.756.000 15.320.000
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	83.553.000 81.210.000	170.000 170.000	83.383.000 81.040.000
Haushaltsausgleich	0 0	0 0	0 0
Gesamtsumme	83.553.000 81.210.000	170.000 170.000	83.383.000 81.040.000

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung 2018		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	16		16									
+ Erträge aus Erstattungen	55		55									
+/- Bestandsveränderungen	0											
+ sonstige betriebliche Erträge	99		99									
= Erträge	170											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	60.410					58.908						1.502
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	16.508											16.508
- sonstige Personalaufwendungen	491					392						99
= Personalaufwendungen	-77.409											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	999						1.086					-87
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	1.980						1.980					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.080						2.080					
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	514						514					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	176						141	35				
- Abschreibungen	395											395
= Sachaufwendungen	-6.144											
= Aufwendungen	-83.553											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-83.383											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	83.383											83.383
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	83.383											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	272						272					
- Investitionen der Hauptgruppe 8	88									88		
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets	0	170	0	0	0	59.300	6.073	35	0	88	0	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	54.973	0	0	3.837	48.889	424	0	0	5.545	
= Kapitelsumme	0	55.143	0	0	0	63.137	54.962	459	0	88	5.545	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung 2017 Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.	
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
+ Verwaltungserträge	16		16										
+ Erträge aus Erstattungen	55		55										
+/- Bestandsveränderungen	0												
+ sonstige betriebliche Erträge	99		99										
= Erträge	170												
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	58.528					57.288							1.240
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	15.960												15.960
- sonstige Personalaufwendungen	477					392							68
= Personalaufwendungen	-74.965												
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	1.000						1.011						-11
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	1.980						1.980						
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.080						3.824						-1.744
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	514						514						
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	276						241	35					
- Abschreibungen	395												395
= Sachaufwendungen	-6.245												
= Aufwendungen	-81.210												
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-81.040												
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	81.040												81.040
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0												
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0												
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0												
= Finanzergebnis	0												
+ außerordentliche Erträge	0												
- außerordentliche Aufwendungen	0												
+/- Haushaltsausgleich	0												
= außerordentliches Ergebnis	0												
= neutrales Ergebnis	0												
= Gesamtergebnis	81.040												
- Investitionen der Hauptgruppe 5	272						272						
- Investitionen der Hauptgruppe 8	88									88			
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	170	0	0	57.680	7.842	35	0	88	0		
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	55.889	0	0	3.837	48.889	424	0	0	5.545		
= Kapitelsumme		0	56.059	0	0	61.517	56.731	459	0	88	5.545		

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2018	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ist 2015	Ansatz 2015
1.153,20	1.147,36	1.140,30	1.125,54	1.138,98

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2018 Plan 2017	Plan 2016	Ist 2015	Plan 2015
<u>Oberlandesgericht Braunschweig</u>				
<u>Zivilprozesssachen-Berufungsverfahren</u>				
- Eingänge	7.000 570	600	567	900
- Erledigungen	600 560	640	556	650
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	11,0 11,0	10,2	11,4	10,0
<u>Familiensachen-Berufungsverfahren</u>				
- Eingänge	560 560	550	537	600
- Erledigungen	540 540	600	539	650
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,5 5,5	6,0	5,4	6,4
<u>Strafverfahren-Revisionsinstanz</u>				
- Eingänge	80 80	80	73	80
- Erledigungen	75 75	80	71	80
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	1,4 1,4	1,1	1,5	1,1
<u>Landgerichte Braunschweig + Göttingen</u>				
<u>Zivilprozesssachen erste Instanz</u>				
- Eingänge	5.000 4.050	4.000	4.131	5.500
- Erledigungen	3.900 3.900	3.800	3.998	5.000
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	9,5 9,5	9,2	10,0	9,0
<u>Zivilprozesssachen-Berufungsinstanz</u>				
- Eingänge	720 720	760	715	800
- Erledigungen	700 700	770	674	800
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	7,0 7,0	6,6	7,4	6,5
<u>Strafverfahren erste Instanz</u>				
- Eingänge	220 200	210	181	200
- Erledigungen	190 190	210	184	200
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,6 5,6	5,5	6,3	5,7
<u>Strafverfahren-Berufungsinstanz</u>				

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Kennzahlen	Plan 2018 Plan 2017	Plan 2016	Ist 2015	Plan 2015
- Eingänge	600 580	580	557	600
- Erledigungen	570 570	590	573	580
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,0 4,0	4,2	3,9	4,5
Amtsgerichte des OLG-Bezirks				
Zivilprozesssachen				
- Eingänge	16.000 16.000	15.500	16.242	16.000
- Erledigungen	16.100 16.100	15.600	16.442	15.500
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,6 4,6	4,7	4,6	4,8
Familiensachen				
- Eingänge	11.100 11.100	11.000	11.854	11.000
- Erledigungen	11.500 11.500	11.500	11.955	10.900
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	7,0 7,0	7,3	6,3	7,5
Strafverfahren				
- Eingänge	9.300 9.200	9.700	9.127	10.000
- Erledigungen	9.300 9.300	9.500	9.246	10.500
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,5 4,5	4,4	4,7	4,0
Bußgeldsachen				
- Eingänge	6.100 6.100	6.000	6.391	6.000
- Erledigungen	6.200 6.200	6.100	6.169	6.000
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,5 2,5	2,5	2,7	2,5
Am Jahresende anhängige Betreuungen	28.000 28.000	27.000	26.047	27.500
Nachlasssachen	8.600 8.600	8.500	8.824	9.000
Eigentumsveränderungen im Grundbuch	29.500 29.500	28.000	29.507	29.000
Sonstige Eintragungen und Löschungen im Grundbuch	57.000 57.000	56.000	57.808	57.000
Am Jahresende im Handelsregister eingetragene GmbH's	12.900 12.900	12.800	12.953	12.500
Regelinsolvenzverfahren	1.140 1.140	1.150	1.124	1.200
Verbraucherinsolvenzverfahren	2.000 2.000	2.200	1.880	2.500
Sonstige Vollstreckungssachen	37.000 37.000	36.000	37.529	45.000

Zu 112 10

Zu den Gerichtskosten gehören auch

- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

Mehr aufgrund der Istentwicklung; in 2017 unter Berücksichtigung der zu erwartenden Klageverfahren im Rahmen des VW-Abgaskomplexes.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 10

Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 8 eingruppiert.

Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Braunschweig und Göttingen und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 6 eingruppiert.

Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Hausdienstvergütung entsprechend Entgeltgruppe 3 gem. AV d. MJ v. 21.5.2014 – Nds. Rpfl. S. 182 –.

Zu 427 10

Veranschlagt sind u.a. Lehrvergütungen für die gemäß § 15 NJAVO eingerichteten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienstzeit.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 11.4.2016 (Nds. MBl. S. 564) zu beachtenden Vorschriften.

Zu 459 10

Veranschlagt sind die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund

1. der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 01.12.1998 (Nds. GVBl. S. 703) in der jeweils geltenden Fassung sowie
2. der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.01.2003 (BGBl. I S. 8) zu gewährenden Entschädigungen.

Die zur Abgeltung der Bürokosten gewährte Entschädigung wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt.

Zu 511 10

In 2017 mehr für die Ausstattung der neuen Diensträume des Oberlandesgerichts Braunschweig und zur Bewältigung des VW-Abgaskomplexes.

Zu 514 10

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 265 EUR.

Zu 518 10

In 2017 mehr zur Bewältigung des VW-Abgaskomplexes.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2018 2017 2016 1000 EUR	Ansatz 2018 1000 EUR	Ansatz 2017 1000 EUR	Ansatz 2016 1000 EUR	Ist 2015 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 10-3	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen	—	112	112	110	132
529 10-6	051	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	1
532 11-5	051	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	9.400	9.400	11.500	9.342
532 12-3	051	Zeugenentschädigungen	—	650	650	681	640
532 13-1	051	Sachverständigenentschädigungen	—	10.926	10.926	10.926	10.553
532 14-0	051	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	1.263	1.263	1.332	1.263
532 15-8	051	Bekanntmachungskosten	—	307	307	327	307
532 16-6	051	Sonstige Verfahrensauslagen	—	153	153	327	153
532 17-4	051	Reisekosten des Gerichts	—	30	30	29	29
532 18-2	051	Kosten der Beratungshilfe	—	1.800	1.800	1.930	1.706
532 19-0	051	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	21.400	21.400	19.057	19.248
532 20-4	051	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung	—	2.807	2.807	3.057	2.806
532 21-2	051	Vergütung der beigeordneten psychosozialen Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter	—	153	153	—	—
547 10-4	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	87	260	87	111
681 10-2	051	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	35	35	35	3
681 11-0	051	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	424	424	470	424
812 10-0	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	88	88	88	512
981 11-4	891	Abführung an 13 21 - 381 11	—	5.545	5.545	5.545	5.545

ERLÄUTERUNGEN

Zu 532 11

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2015.

Zu 532 16

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2015.

Zu 532 19

Mehr in Anpassung an die Istenwicklung unter Berücksichtigung des flüchtlingsbedingten Mehrbedarfs.

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Zu 532 21

Veranschlagt ist die Vergütung der psychosozialen Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter nach dem Gesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG).

Zu 547 10

In 2017 mehr für die IT-Sicherheit sowie den Umzug des Oberlandesgerichts Braunschweig in die neuen Diensträume.

Zu 681 11

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

Zu 812 10

	2018 in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Austausch des Videokonferenzsystems im Landgericht Göttingen	19
Austausch von Schreibtischen im Landgericht Göttingen	11
Austausch der Beleuchtungsanlagen (tlws.) im Amtsgericht Wolfenbüttel	13
Austausch von abgängigem Mobiliar in der Bibliothek des Amtsgerichts Wolfsburg	7
Austausch von Schreibtischen im Amtsgericht Braunschweig	15
Ausstattungsgegenstände für den IT-Sicherheitsbeauftragten beim OLG	8
Zusammen	73
Ergänzungsbeschaffungen:	
Außenjalousien beim Amtsgericht Wolfenbüttel	15
2017 in 1000 EUR	
Ersatzbeschaffungen:	
Neuausstattung des Schöffensaals im Amtsgericht Goslar	11
Austausch der Beleuchtungsanlagen (tlws.) im Amtsgericht Wolfenbüttel	10
Austausch der Bestuhlung im Besprechungssaal des Landgerichts Göttingen	8
Neuausstattung von Dienstzimmern im Amtsgericht Göttingen	13
Austausch der Sonnenschutzvorhänge im Landgericht Göttingen	8
Ausstattungsgegenstände für den IT-Sicherheitsbeauftragten beim OLG	8
Austausch von Schreibtischen im Amtsgericht Helmstedt	8
Austausch von Schreibtischen im Amtsgericht Braunschweig	16
Zusammen	82
Ergänzungsbeschaffungen:	
Digitale Diktiergeräte in Verbindung mit Spracherkennung beim Amtsgericht Göttingen	6

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2018 2017 2016 1000 EUR	Ansatz 2018 1000 EUR	Ansatz 2017 1000 EUR	Ansatz 2016 1000 EUR	Ist 2015 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1116					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		55.143	56.059	50.921	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		55.143	56.059	50.921	
		4 Personalausgaben	—	63.137	61.517	59.722	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	54.962	56.731	55.257	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	459	459	505	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	88	88	88	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.545	5.545	5.545	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	124.191	124.340	121.117	
		Zuschuss		69.048	68.281	70.196	

ERLÄUTERUNGEN
